

## Hohe Kosten für Eingriffe ins Stromnetz

**BAYREUTH** Der Ausbau der erneuerbaren Energien setzt das deutsche Stromnetz immer stärker unter Druck. Der große Netzbetreiber Tennet musste 2017 wegen unzureichender Leitungskapazitäten fast eine Milliarde Euro für sogenannte Noteingriffe ins Netz zahlen. Das teilte Tennet, dessen Netzgebiet in der Mitte Deutschlands von Schleswig-Holstein bis zum Süden Bayerns reicht, gestern mit.

Noteingriffe werden nötig, wenn Stromleitungen fehlen, um vor allem Windstrom von Norden nach Süden zu bringen. Die Eingriffskosten lagen 2015 noch bei 710 Millionen Euro, im windschwachen Jahr 2016 sogar nur bei 660 Millionen Euro. Die Kosten werden über die sogenannten Netzentgelte auf den Strompreis umgelegt und landen am Ende beim Verbraucher.

Im stürmischen Herbst und Winter müssen in Norddeutschland immer wieder Gas- und Kohlekraftwerke heruntergefahren oder Windparks gegen Kostenerstattung abgeschaltet werden, weil sonst mehr Strom produziert würde, als die Stromnetze aufnehmen können. Damit in Süddeutschland dadurch nicht die Lichter ausgehen, müssen dort konventionelle Reservekraftwerke hochgefahren werden. Das betrifft dann auch die EnBW-Kraftwerke Walheim, Marbach und die Heilbronner Blöcke 5 und 6, die als systemrelevant eingestuft sind. *dpa*

### Kurz notiert

#### AKW abgeschaltet

**GUNDREMMINGEN** Im Rahmen des deutschen Atomausstiegs ist Block B im schwäbischen Kernkraftwerk Gundremmingen zum Jahresende abgeschaltet worden. Die Schichtmannschaft habe den Generator vom Stromnetz getrennt und kurz darauf den Reaktor endgültig abgeschaltet, teilte ein Sprecher am Sonntag mit. Der Block C des Atomkraftwerks im Landkreis Günzburg darf jedoch noch bis Ende 2021 weiterlaufen, obwohl dieser Meiler ebenfalls 1984 nur wenige Monate nach Reaktor B in Betrieb ging. *dpa*

#### Hoher Überschuss

**NÜRNBERG** Die stabile Konjunktur hat der Bundesagentur für Arbeit (BA) erneut einen milliardenschweren Überschuss beschert. Mit 5,5 Milliarden Euro lag er 2017 rund 700 Millionen Euro über den Schätzungen von Anfang November. Hauptgrund ist neben der wachsenden Zahl von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auch die sinkende Arbeitslosigkeit, sagte der Vorstandschef der Bundesagentur für Arbeit (BA), Detlef Scheele. Damit wachsen auch die Rücklagen auf nun 17,0 Milliarden Euro. *dpa*

#### Heringfischer bangen

**HAMBURG** Der bevorstehende EU-Austritt Großbritanniens bereitet den deutschen Fischern Sorgen. Für die Hochseefischerei könne der Brexit im schlimmsten Szenario bedeuten, dass keine Nordseeheringe mehr gefangen werden dürften, sagte der Vorsitzende des Deutschen Hochseefischerei-Verbandes, Uwe Richter. 100 Prozent der deutschen Heringsquote für die Nordsee würden in der britischen Wirtschaftszone gefangen. Außerdem komme ein nicht unerheblicher Teil der Makrelen, mindestens 50 Prozent, aus der 200-Seemeilen-Zone Großbritanniens. Ausweichmöglichkeiten seien rar. *dpa*

### Kontakt

**Ansprechpartner Wirtschaft**  
Allee 2 · 74072 Heilbronn  
Tel. 07131 615-0 · Fax 07131 615-373

-366 Jürgen Strammer ..... jüs  
-325 Heiko Fritze ..... frz  
-315 Isabell Voigt ..... ivo/Service  
-299 Manfred Stockburger ..... mfd/Wirtschaft regional  
-438 Jürgen Paul ..... jüp/Wirtschaft regional

**E-Mail** wirtschaft@stimme.de  
service@stimme.de

# Kampf gegen Cyberkriminalität

**HEILBRONN** Neue Tochterfirma von Dr. Hörnkorn hat ein Versicherungsprodukt für digitale Schadensfälle entwickelt

Von unserem Redakteur  
Jürgen Paul

**K**eine Frage, die Internetkriminalität ist eine der größten Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft. Nach Angaben des Branchenverbandes Bitkom entstehen den Unternehmen in der Republik jährlich Schäden in Höhe von 55 Milliarden Euro durch Spionage, Sabotage oder Datendiebstahl. Alleine der Erpressungsversuch mit der Schadsoftware Wanna Cry im Mai vergangenen Jahres sorgte für Schäden in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro.

Eine Studie der Beratungsfirma KPMG fasste das Problem bereits 2013 so zusammen: „Unternehmen müssen sich künftig nicht mehr die Frage stellen, ob, sondern lediglich wann und wie eine Cyberattacke stattfindet.“ Gleichwohl haben viele Mittelständler noch keine Strategie gegen die Gefahren aus dem Netz entwickelt. Der Heilbronner Versicherungsmakler Dr. Hörnkorn hat daher eine Versicherung für mittelständische Unternehmen entwickelt. „Hier gibt es ein riesiges Marktpotenzial“, sagt Geschäftsführer Christian Hörnkorn. Zwar seien Cyberpolizen vergleichsweise neu und daher erklärungsbedürftig. Doch der Heilbronner ist überzeugt davon, dass solche Policen in nicht allzu ferner Zukunft zu Pflichtversicherungen für Firmen werden.

**Münchner Spezialisten** Umso glücklicher ist Hörnkorn, dass er in München Spezialisten gefunden hat, die solche Produkte entwickeln und vermarkten können. Das fünfköpfige Team der im Oktober gegründeten Dr. Hörnkorn München GmbH sichert mit eigenen Produkten die E-Crime-Risiken von gewerblichen Kunden ab und hat sich zudem als Versicherungsmakler für die IT-Branche am Markt etabliert.

Mit der Versicherungspolice Cyber Protection Plus verspricht Dr. Hörnkorn den Kunden einen weit gefassten Schutz vor Cyberatta-



Immer mehr Unternehmen werden Opfer von Cyberattacken. Der Heilbronner Versicherungsmakler Dr. Hörnkorn hat eine entsprechende Police entwickelt.

Foto: dpa

cken. „In der Branche hieß es anfangs: Ihr geht viel zu weit, da sind zu viele Deckungselemente drin, das geht auf dem deutschen Markt nicht“, berichtet Christian Hörnkorn. Natürlich weiß auch der Geschäftsführer, dass es in diesem komplexen Bereich keine hundertprozentige Sicherheit geben kann. Dennoch ist er überzeugt: „Unser Produkt ist das beste am Markt.“

Abgesichert werden können durch die Police Informationssicherheitsverletzungen, Netzwerksicherheitsverletzungen, Haftpflichtfälle nach einem Cybervorfall oder Eigenschäden durch Schadsoftware, Phishing oder Datenhacking. „Damit sind auch Erpres-

sungsfälle abgedeckt“, betont Prokurist Michael Dutz. Er weist darauf hin, dass es vor allem um Prävention gehe. „Wir haben eine permanente Krisenhotline, die bei einem Verdachtsfall angerufen werden kann.“ Dann machen sich die Experten daran, diesem Verdacht nachzugehen und drohende Schäden zu verhindern oder zu minimieren.

**Partner** Die Deckungssumme der Police beträgt bis zu 15 Millionen Euro, bei entsprechendem Kundenbedarf kann Dr. Hörnkorn aber auch über 100 Millionen Euro hinausgehen. Als Abwickler haben die Heilbronner das Münchner Unternehmen Corporate Trust gewonnen.

Bisher, betont Prokurist Dutz, habe es noch keine größeren Schadensfälle gegeben. „Meistens waren es Verdachtsfälle, die wir rasch lösen konnten.“ Dutz und Christian Hörnkorn sind sich aber sicher, dass die Fälle von Cyberkriminalität zunehmen werden. Entsprechend groß schätzen sie den Bedarf an ihrem Produkt für Unternehmen aller Branchen ein.

Mit der bisherigen Vermarktung der Police zeigt sich der Geschäftsführer sehr zufrieden. Man habe viele Bestandskunden und auch einige Neukunden von der Cyberversicherung überzeugen können. „Wir liegen aktuell über unserer Zielplanung“, sagt Hörnkorn.

### Unternehmen

Das Unternehmen wurde 1966 von Dr. Friedrich Hörnkorn in Heilbronn als **unabhängiges Versicherungsmaklerhaus** gegründet. Seit 1994 teilt sich Hörnkorn die Geschäftsführung mit seinem Sohn Christian. Das Unternehmen verfügt heute über acht Geschäftsstellen bundesweit und betreibt eine Tochtergesellschaft in Newton, Pennsylvania. Zum eigentlichen Kerngeschäft sind betriebliche Altersversorgung, Kreditversicherungen, Factoring und Risk-Management-Consulting hinzugekommen. Dr. Hörnkorn beschäftigt heute rund 200 Mitarbeiter. *jüp*

## Mehrwertsteuer eingeführt

**RIAD/ABU DHABI** Das Königreich Saudi-Arabien startet mit mehreren wirtschaftlichen Reformen ins neue Jahr und führt unter anderem eine Mehrwertsteuer ein. Auch in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) werden viele Produkte und Dienstleistungen zum neuen Jahr teurer. Das ölfreie Saudi-Arabien erhöht zudem die Benzinpreise um mehr als 80 Prozent.

Angesichts sinkender Ölpreise wollen Saudi-Arabien und die VAE

die Staatseinnahmen auf eine breitere Basis stellen und für stabile Finanzen sorgen. Auf zahlreiche Produkte wie Nahrung, Getränke, Transport, Übernachtungen, Immobilien und Benzin sei seit dem 1. Januar daher eine Mehrwertsteuer in Höhe von fünf Prozent fällig, teilten die zuständigen Steuerbehörden der beiden Staaten mit. Öffentliche Bildung und die öffentliche Gesundheitsversorgung sollen zunächst nicht besteuert werden. *dpa*

## Strafzinsen: Banken lagern mehr Geld in Tresoren

**FRANKFURT** Finanzhäuser in Deutschland bunkern nach Angaben der Bundesbank wegen der Strafzinsen weiterhin Milliarden Euro in Tresoren. „Aktuell werden noch immer knapp über zehn Milliarden Euro von Kreditinstituten als Bargeld gehortet, um Negativzinsen zu entgehen“, sagte Bundesbankvorstand Carl-Ludwig Thiele. In den vergangenen Monaten habe sich der Wert geringfügig erhöht. Eine weitere Zunahme sei nicht aus-

zuschließen – allerdings beschränkt durch Tresorkapazitäten.

Finanzhäuser müssen derzeit 0,4 Prozent Strafzinsen zahlen, wenn sie Geld bei der Europäischen Zentralbank (EZB) parken. Die Notenbank kämpft unter anderem damit gegen niedrige Inflation im gemeinsamen Währungsraum. Strafzinsen, so die Theorie, bringen Banken eher dazu, das Geld als Kredite an Verbraucher und Unternehmen weiterzugeben.

Die Aufbewahrung von Bargeld im Tresor ist aber nicht umsonst. Für eine Lagerung im größeren Stil müssen im Zweifelsfall extra Räume gemietet werden. Hinzu kommen Kosten für den Transport und Versicherungsprämien.

Einen generellen Trend erkennt der Sparkassenverband allerdings nicht. Ähnlich äußerte sich ein Sprecher des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR). *dpa*

# Diesel-Debatte zeigt Folgen

Franzosen kaufen weniger Selbstzünder – Kritik an Rabattaktionen der Hersteller

**BERLIN** Handwerkspräsident Hans Peter Wollseifer hat Forderungen von VW-Chef Matthias Müller nach Auslaufen der Dieselsubventionen kritisiert. „Uns wurden diese Fahrzeuge auch mit dem Argument verkauft, dass der Diesel weniger verbraucht und der Kraftstoff günstiger ist. Wenn Hunderttausende daraufhin ein entsprechendes Fahrzeug gekauft haben, und dann der größte Hersteller für die Abschaffung der Dieselsubvention plädiert, dann ist das erstaunlich kundenfeindlich“, sagte Wollseifer im „Tagesspiegel“.

Müller hatte die Steuervorteile für Dieselsprit in Zweifel gezogen. Seine Kernbotschaft: „Wenn der Umstieg auf umweltschonende E-Autos gelingen soll, kann der Verbrennungsmotor Diesel nicht auf alle Zeiten weiter wie bisher subventioniert werden.“ Konkret schlug Müller eine schrittweise Umichtigung der Steuererleichterungen vor. „Das Geld könnte sinnvoller in die

Förderung umweltschonender Antriebstechniken investiert werden. „Abstriche bei den Dieselsubventionen, dafür Anreize für Elektroautos, wären das richtige Signal. Das würden wir aushalten, ohne gleich Existenzängste haben zu müssen.“

**Anteil** In Frankreich verlieren inzwischen Diesel-Autos den Spitzenplatz bei Neuzulassungen – ihr Marktanteil ist erstmals seit 2000 unter 50 Prozent gerutscht. Gut 47 Prozent der im vergangenen Jahr neu zugelassenen Personenwagen haben einen Dieselmotor, wie der französische Autohersteller-Verband CCFA gestern mitteilte. Der Anteil der Benziner lag knapp über dem der Selbstzünder. 2016 waren mehr als 52 Prozent der Neuwagen in Frankreich Diesel-Fahrzeuge, 2012 sogar mehr als 70 Prozent.

Das Land hatte den Diesel über Jahre bei den Steuern bevorzugt. Vor dem Hintergrund des VW-Ab-

gasskandals und der Feinstaub-Debatte hatte die Regierung aber begonnen, diese Vorteile abzubauen. Der französische Automarkt legte im vergangenen Jahr insgesamt um 4,7 Prozent zu, gut 2,1 Millionen Pkw wurden neu zugelassen.

Nach Einschätzung des Experten Ferdinand Dudenhöffer entsteht auf dem deutschen Automarkt eine Blase wegen dauerhaft hoher Preisnachlässe. Vor allem mit ihren Diesel-Eintauschprämien hätten Hersteller die Rabatte 2017 auf bislang

nicht gekannte Höhen getrieben, schreibt der Direktor des CAR-Center Automotive Research der Universität Duisburg-Essen in einer aktuellen Rabattstudie. Nach Abebben der jüngst verlängerten Rabattwellen werde es schwer werden, weitere Neuwagen zu verkaufen, warnte Dudenhöffer. In einem gesättigten Markt erzeugten hohe Rabatte keine zusätzliche Nachfrage, sondern Vorzieheffekte, die man im Laufe des Jahres spüren werde. Nach Marktbeobachtungen des Instituts werden einzelne Modelle mit einem „Umweltbonus“ von mehr als 40 Prozent in den Markt gedrückt, wenn dafür ein älteres Dieselfahrzeug eingetauscht wird. Das Institut geht davon aus, dass bis zu 1,15 Millionen Autos eingetauscht und aus dem Verkehr gezogen werden könnten, gut sechs Prozent des Diesel-Bestandes. Ihnen stünden aber schon 1,3 Millionen neu zugelassene Diesel-Fahrzeuge entgegen. *dpa*

